



*Institut für deutsche Sprache
6800 Mannheim 1 - Friedrich-Karl-Str. 12*

17 462

MITTEILUNGEN 10

**ASPEKTE DER
SPRACHKULTUR**

**INSTITUT FÜR DEUTSCHE SPRACHE
MANNHEIM**

Herausgegeben vom
Institut für deutsche Sprache
Redaktion:
Wolfgang Teubert

Copyright
Institut für deutsche Sprache, 1984
Postfach 5409
D-6800 Mannheim 1
Tel. (0621) 4401-1

ISBN 3-922641-20-2

POLITISCHE SPRACHKULTUR UND SPRACHKRITIK

1. SPRACHKULTUR UND KULTUR DER POLITISCHEN KOMMUNIKATION

1.1 Klärung meines Gebrauchs von **Sprachkultur**

Sprachkultur verstehe ich hier als Kultur des Sprachgebrauchs in konkreter Kommunikation, nicht als Kultur einer Einzelsprache im Sinne von 'langue'. Daß es einen engen Zusammenhang zwischen beidem gibt, scheint mir klar zu sein, und ich verweise dazu auf den Aufsatz von G. Strauß in diesem Band.

Wenn ich also mit Sprache zunächst die sprachliche Kommunikation bestimmter Kommunikationspartner bestimmten Situationen, wie sie sich in Dialogen, Texten usw. verfestigt, meine, so führt mich dies zu folgendem Verständnis von Sprachkultur: Sie ist für mich der Zustand, der dadurch charakterisiert ist, daß die Partner einer Kommunikations(gelegenheit) 'kultiviert' miteinander sprachlich umgehen/kommunizieren, oder auch - als nomen actionis - der Versuch der Herbeiführung dieses Zustandes, also die Kultivierung der sprachlichen Kommunikation. Ein weit verbreitetes Verständnis des in meinem Bestimmungsversuch noch ungeklärten 'kultiviert', nämlich das Verständnis im Sinne von 'gepflegt, einem hohen gesellschaftlichen Standard von (hier: sprachlichen, insbesondere stilistischen) Umgangsformen entsprechend' will ich dabei ausschließen. Diese, m.E. oberflächliche, elitäre und normative Auffassung von Kultur, kultiviert, Kultiviertheit prägt auch weitgehend den Gebrauch von **politische Kultur** in der politischen Umgangssprache: Unter politischer Kultur wird dann der an mehr oder weniger äußerlichen Kriterien erkennbare Stil politischer Umgangsformen verstanden; und das Schlagwort von der - mangelnden - politischen Kultur, oder der politischen Unkultur wird zum wohlfeilen Instrument der Inkriminierung des jeweiligen politischen Gegners (Kulturpol. Wb. 352). Eine solch flache Vorstellung von politischer

Kultur liegt z.B. auch den sogenannten Wahlkampfabkommen zwischen den Parteien zugrunde, wie sie für die Wahlen zum 9. und 10. deutschen Bundestag abgeschlossen wurden: Eine Schiedsstelle sollte über Fairness und Niveau der politischen Auseinandersetzung wachen. Die hohen Ansprüche "Das Niveau des Wahlkampfes ist ein Spiegel des allgemeinen Kultur-niveaus einer Gesellschaft" (Werner Wolf, Wahlkampfleiter der hessischen CDU, zitiert nach Wewer 42) oder auch die Bewertung des Fairnessvertrages als "positives Zeichen unserer politischen Kultur" (SPD-Schatzmeister Friedrich Halstenberg, zitiert nach Wewer 42) können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die öffentlichen Umgangsformen von Politikern in Wahlkampfzeiten, seien sie stilvoll oder stillos, so oder so nur jeweils taktisch eingesetztes Mittel des politischen Konkurrenzkampfes sind und weniger über politische Kultur als über taktische Raffinesse aussagen. Sprachkultur und politische Kultur, politische Sprachkultur verdienen es jedoch m.E., daß sie auf einen anderen weiter und tiefer gehenden Begriff gebracht werden.

Ich setze wieder an bei 'kultiviert miteinander kommunizieren' und ersetze es durch 'pfleglich miteinander kommunizieren'. Das heißt dann so viel wie so handeln, daß Kommunikation und Verständigung ermöglicht und gefördert werden, Kommunikationskonflikte vermieden werden bzw. ihre Beseitigung oder zumindest die Klärung konträrer Standpunkte ermöglicht wird.

1.2. Die Bedeutung der Konversationsmaximen

Verständigung zwischen den Kommunikationspartnern setzt neben der Gemeinsamkeit des Kommunikationsmittels, der gemeinsamen - wenn auch nicht immer 'derselben' - Sprache (langue), in der Regel zumindest voraus, daß die Partner sich an einer gemeinsamen "kommunikativen Ethik" (Heringer, 28) orientieren und deren Maximen befolgen. Maximen einer kommunikativen Ethik, häufig als Konversationsmaximen bezeichnet, wurden zunächst von P. Grice (45 ff) formuliert und werden seither vielfach wieder aufgenommen und in die Diskussion gerade auch um politische Sprache eingebracht (Heringer, Kuhn). Als ihre wichtigsten werden genannt: (Ich

beziehe mich auf eine gegenüber Grice verkürzte Formulierung von Heringer, 28).

Erste Maxime: Sei informativ!

Zweite Maxime: Rede verständlich!

Dritte Maxime: Sei wahrhaftig!

Sicher werden wir in diesen Maximen eine Art Grundgesetz kommunikativen Handelns erkennen, grundsätzliche, massive und fortgesetzte Verstöße gegen sie gefährden die Verständigung. Aber sind sie nicht allzu allgemein, allzu idealisiert gefaßt, um allen Kommunikationsformen gerecht zu werden? Nicht immer ist die Kommunikation(sgelegenheit) so beschaffen, daß man informativ und relevant sein muß; man denke z.B. an gesellige Unterhaltung, Spielformen der Kommunikation oder "ganze kulturelle Milieus" (Habermas I, 418), in denen es nicht auf Relevanz und Informativität der Redebeiträge ankommt. Vor allem aber, wie steht es mit der Maxime der Wahrhaftigkeit, die in meinem Zusammenhang politischen Diskurses eine besondere Rolle spielt? Betrachten wir ihre ausführlichere Formulierung bei Grice: "Under the category of QUALITY falls a supermaxim - 'try to make your contribution one that is true' - and two more specific maxims:

1. Do not say what you believe to be false.
2. Do not say that for which you lack adequate evidence." (Grice, 46).

Die Supermaxime appelliert an den Sprecher, seine Redebeiträge möglichst wahr zu machen, während die spezifischere Maxime 1. zur Aufrichtigkeit oder Wahrhaftigkeit aufruft. Zwar besteht zwischen beiden Postulaten, dem der Wahrheit und dem der Wahrhaftigkeit, ein enger Zusammenhang, doch können sie nicht identifiziert werden:

"Allerdings darf der Hörer unterstellen, daß S, wenn dieser 'p' behauptet, auch glaubt, 'daß p'. Davon bleibt aber unberührt, daß sich der Wahrheitsanspruch auf die Existenz des Sachverhalts 'p' bezieht, während der Wahrhaftigkeitsanspruch nur mit der Manifestation der Meinung oder des Glaubens 'daß p' zu tun hat. Der

Mörder, der ein Geständnis ablegt, kann meinen, was er sagt, und doch, ohne es zu intendieren, die Unwahrheit sagen. Er kann auch, ohne es zu intendieren die Wahrheit sagen, obwohl er, indem er sein Wissen vom Tatvorgang verschweigt, lügt. Ein Richter, der über hinreichende Evidenzen verfügte, könnte im einen Fall die wahrhaftige Äußerung als unwahr kritisieren, im anderen Fall die wahre Äußerung als unwahrhaftig decouvrieren". (Habermas I, 420)

Ist nun nicht aber in einem Diskurs über die Hotelpreise in Urlaubsländern oder das Steigen der Aktienkurse das Spannungsverhältnis zwischen Wahrheitspostulat oder -anspruch ("make your contribution one that is true") und Wahrhaftigkeitspostulat ("Do not say what you believe to be false") ganz anders als in einem politischen Diskurs über den Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan oder in einer Wahlkampfrede?

Ich meine, daß es nützlich sein könnte, die Habermasschen Unterscheidungen einerseits zwischen verständigungsorientierter und erfolgsorientierter Kommunikation, andererseits zwischen den Geltungsansprüchen auf propositionale Wahrheit, normative Richtigkeit und subjektive Aufrichtigkeit miteinzubeziehen. Ich kann diese Unterscheidungen hier nur andeuten:

Verständigungsorientiertes soziales Handeln oder "kommunikatives Handeln" liegt vor, wenn die Handlungspläne der beteiligten Akteure nicht über "egozentrische Erfolgskalküle, sondern über Akte der Verständigung koordiniert sind", während erfolgsorientiertes soziales Verhalten oder "strategisches Handeln" "die Einflußnahme auf die Entscheidungen eines rationalen Gegenspielers beinhaltet." (Habermas I, 385). Der Geltungsanspruch propositionaler Wahrheit wird gegenüber der "objektiven Welt" der Tatsachen erhoben; er ist also z.B. mit Aussagen über Alltagsgeschehnisse, Natur, Technik oder Wissenschaft verbunden. Der Geltungsanspruch normativer Richtigkeit hingegen bezieht sich auf die "soziale Welt (als der Gesamtheit aller legitim geregelten interpersonalen Beziehungen)"; er ist also mit der Bezugnahme auf, der Interpretation und Bewertung von Handlungsbereichen wie soziale Beziehungen, Recht, Politik durch kommunikative Handlungen verbunden. Der Geltungsanspruch

subjektiver Wahrhaftigkeit letztlich bezieht sich auf "die subjektive Welt (als der Gesamtheit der privilegiert zugänglichen Erlebnisse des Sprechers)" (Habermas I, 149 et pass.), also auf Gefühle, Glaubensinhalte, Wünsche usw., über die sich der Sprecher mitteilt.

Aufgrund solcher Differenzierungen könnte die kommunikative Ethik verfeinert und für bestimmte Kommunikationsformen und -gegenstände präzisiert werden. Dies kann hier nicht geschehen.

Ich merke nur an, daß die Maximen von Grice in ihrer 'reinen' Form nur in der verständigungsorientierten Kommunikation (im "kommunikativen Handeln" nach Habermas) eingelöst werden können, und daß, wo immer der Anspruch auf normative Richtigkeit von Aussagen ins Spiel kommt, d.h. bei allen Kommunikationen über die soziale Welt gesellschaftlicher Zustände, politischer Handlungen usw. die Maxime der Wahrhaftigkeit zwar keineswegs außer Kraft gesetzt ist, jedoch die Beziehung von Wahrhaftigkeit und Wahrheit anders gedeutet werden muß als in Kommunikationen über die objektive Welt. Dies ergibt sich schon daraus, daß z.B. politische Tatbestände oft erst durch bestimmte Aussagen geschaffen werden, daß gegenüber dem Wahrheitsanspruch der so - durch Deutung - geschaffenen Realität natürlich nicht die 'objektive' Realität ins Feld geführt werden kann (Heringer 21/22).

Politische Kommunikation ist ihrer Natur nach zumindest nicht ausschließlich verständigungsorientiert, sondern in hohem Maße erfolgsorientiert. Zur Rolle der kommunikativen Ethik in erfolgsorientierter Kommunikation bemerkt Heringer (31):

"Wir brauchen nicht zu hoffen, daß Politiker sich letztlich nach einer kommunikativen Ethik richten. Sicher wäre es auch nicht sehr lustig, wenn sie sich nach den guten Ratschlägen der Beamtenliteratur verhielten, die heute als Sprachkritik auftritt, und eher diätetisch als ethisch ist, eher einer Diät-Ethik als einer kommunikativen Ethik verpflichtet. Politiker sind erfolgsorientiert, und nur wenn ihr ethisches Verhalten sich in Erfolg niederschlägt, werden sie es zeigen. Darum laßt

sie machen, und schaut ihnen sprachkritisch aufs Maul! Dann werden sie schon merken, wie der Erfolg ausbleibt".

Danach liegt es nahe, zu folgern, daß ethische Maximen für die Redebeiträge erfolgsorientierter Sprecher sinnvollerweise nicht formuliert werden können. Der Hörer oder Leser jedoch kann und sollte sich beim Verstehen politischer Rede von sprachkritischen Maximen der Rezeption leiten lassen. Sie ermöglichen es ihm, das erfolgsorientierte Handeln des Sprechers als solches zu verstehen und es nicht als verständigungsorientiertes mißzuverstehen: Er beugt so einer "verzerrten Kommunikation" "als Ergebnis einer Konfusion zwischen erfolgs- und verständigungsorientierten Handlungen" (Habermas I, 445) vor und tut damit sein möglichstes, um durch sprachkritische Einstellung die jeweilige Kommunikation zu kultivieren. "In Situationen verdeckt strategischen Handelns verhält sich mindestens einer der Beteiligten erfolgsorientiert, läßt aber andere im Glauben, daß alle die Voraussetzungen kommunikativen Handelns erfüllen." (Habermas I, 445)

1.3. Sprachkritische Maximen der Rezeption und Produktion politischer Rede

1.3.1. Vorschläge für sprachkritische Maximen der Rezeption erfolgsorientierter (politischer) Rede

Ich formuliere ein paar ganz vorläufige Ideen zu Maximen für die sprachkritische Rezeption erfolgsorientierter politischer Rede:

I Maxime der 'Reflexion auf das Interesse'

1. Bedenke, daß der Sprecher Interessen hat und Ziele verfolgt. Sei kritisch gegenüber dem Geltungsanspruch seiner Ziele.
2. Bedenke, daß der Sprecher sprachliche Mittel benutzt, um seine Ziele zu verfolgen. Sei kritisch gegenüber (scheinbaren) Argumenten und Argumentationsstrukturen! Sei kritisch gegenüber dem perlokutionären Charakter seiner Sprachhandlungen!

II Maxime der 'Reflexion auf die Meinungs- und Interpretationsabhängigkeit'

1. Bedenke, daß der Sprecher seine eigene Interpretation von Realität hat. Sei kritisch gegenüber dem Wahrheitsanspruch seiner Aussagen, selbst wenn du unterstellen kannst, daß er wahrhaftig ist.
2. Bedenke, daß der Sprecher seine Interpretation von politischer Realität sprachlich vermittelt. Geh nicht davon aus, daß er denselben Sprachgebrauch/Wortgebrauch hat wie du.
3. Bedenke, daß der Sprecher seine Interpretation politischer Realität sprachlich durchzusetzen versucht. Sei kritisch gegenüber dem Geltungsanspruch seines Sprachgebrauchs/Wortgebrauchs!

Einige dieser Maximen gelten auch, wenn politische Kommunikation auf Verständigung, nicht auf strategischen Erfolg ausgerichtet ist, auf Überzeugung anstelle von Überredung, Manipulation und Insinuation. Es handelt sich um die Maximen

II, 1. und II, 2.

Wenn man sich dem Optimismus Heringers anschließt und darauf vertraut, daß politische Sprachkritik durch die Bürger ihre Wirkung nicht verfehlen wird, daß sie zumindest über den Hebel von Lohn und Strafe die Politiker dazu zwingen wird, ihr Verhalten im Interesse ihres Erfolges an einer "politischen Verständigungsmoral" (Heringer, 22) auszurichten, wie könnten deren Maximen aussehen?

1.3.2. Anmerkungen zu Maximen für verständigungsorientierte politische Rede

Zu einer Entsprechung von Maxime I auf Sprecherseite kann ich gar nichts sagen. Als Gegenstück zu II, 1. II, 2. und II, 3. könnte ich mir so etwas vorstellen wie

II' Maxime der 'wahrhaftigen Interpretation'

1. Stelle politische Zusammenhänge so dar, wie du sie siehst und zeige, daß du sie so darstellst, wie du sie siehst.
2. Mach deutlich, daß dein Sprachgebrauch/Wortgebrauch deiner Art, die politische Wirklichkeit zu sehen, entspricht.
3. Mach plausibel, daß vieles für deine Interpretation spricht. Argumentiere und wirb für deine Interpretation!

Damit sind nur ganz wenige Punkte einer politischen Verständigungsmoral genannt. Zur Wahrhaftigkeit und Argumentativität, der Einsicht in die Bedingtheit der eigenen Meinungen und Sichtweisen muß sich die "Bereitschaft, die eigene Position zur Diskussion zu stellen" (Kuhn, Gesprächsbereitschaft) gesellen. Dies wird sich dann nicht nur im Inhalt der Redebeiträge von Politikern und der Art zu formulieren - z.B. "relativierend", "spontaner", "informaler" - widerspiegeln, sondern in der ganzen Art und Haltung, wie z.B. eine politische Diskussion mit Bürgern angegangen wird, auch in der Art, wie sie von den Medien inszeniert wird.

Solange sich solche Maximen (noch) nicht durchgesetzt haben - Anstöße dazu gibt es ja auch innerhalb der Politik, z.B. durch die Grünen - bleibt nur die Sprachkritik.

"Sprachkritik ist etwas für alle" (Heringer, 31). Sprachkritik ist auch etwas für Linguisten. Viele entrüsten sich über kommunikative "Entgleisungen" von Politikern; ein besonders markantes(?) Beispiel aus jüngster Zeit ist die sogenannte 'Pazifismus'-Äußerung von Minister Geißler. Manche setzen sich auch sprachkritisch mit solchen Entgleisungen auseinander. Ich versuche im folgenden eine sprachkritische Auseinandersetzung mit der Geißler-Äußerung im Zusammenhang ihres kommunikativen Hintergrundes mit den Mitteln, die mir als Linguist zur Verfügung stehen. Die Maximen für die Rezeption erfolgsorientierter strategischer politischer Rede habe ich dabei im Kopf.

2. SPRACHKRITISCHE REZEPTION ALS TEXTKRITIK AM BEISPIEL DER GEISSLER-ÄUSSERUNG

2.1 Rekonstruktion des Geißler-Falles im (aktuellen) politischen Zusammenhang

Der folgende Beispielfall für eine linguistische Sprachkritik bezieht sich auf einen von gesellschaftspolitischer Brisanz gekennzeichneten aktuellen politischen Kontext.

Den politischen Zündstoff lieferte der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Heiner Geißler, in seiner Rede in der Sicherheitsdebatte des Bundestags am 15. Juni mit folgender Äußerung. (Die hier aus dem "Spiegel" und dem "Mannheimer Morgen" übernommenen Zitate konnten mangels Zeit nicht mehr mit den entsprechenden Bundestagsprotokollen auf ihre Authentizität überprüft werden.)

Text I

"Der Abgeordnete Fischer sagt im 'Spiegel' sinngemäß folgendes - ich habe das Zitat jetzt nicht hier-: es sei angesichts von Auschwitz zu bedenken, ob jetzt wieder eine Massenvernichtung vorbereitet werde; früher entlang dem Koordinatensystem der Rasse und heute entlang dem Ost- West-Konflikt... Die Massenvernichtung in Auschwitz gedanklich in Verbindung zu bringen mit der Verteidigung der atomaren Abschreckung eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats, dies gehört ebenfalls in das Kapitel einer Verwirrung der Begriffe und der Geister, die wir jetzt bestehen müssen Herr Fischer, ich mache Sie als Antwort auf das, was Sie dort gesagt haben, auf folgendes aufmerksam. Der Pazifismus der 30er Jahre hat Auschwitz erst möglich gemacht" (MM 24.6.1983, S. 2).

Zu der provokativen Aussage, in der das Zitat gipfelt, gibt Geißler im weiteren Kontext seiner Rede noch eine ausführlichere Paraphrase:

Text II

"Der Pazifismus der 30er Jahre, der sich in seiner gesinnungs-ethischen Begründung nur wenig von dem unterscheidet, was wir in der Begründung des heutigen Pazifismus zur Kenntnis zu nehmen haben, dieser Pazifismus der 30-er Jahre hat Auschwitz erst möglich gemacht" (Spiegel 25/83, S.27).

Die Aussage, die der grüne Abgeordnete Joschka Fischer anlässlich eines Spiegel-Interviews machte und der Geißler "eine ganz unglaubliche Verbiegung der Begriffe und der Werte" (Spiegel 25/83, S.27) unterstellte, hatte folgenden Wortlaut:

Text III

"Es ist sicher richtig, die Einmaligkeit des Verbrechens, das die Nationalsozialisten am jüdischen Volk begangen haben, nicht mit schnellen Analogieschlüssen zu überdecken. Aber ich finde es doch moralisch erschreckend, daß es offensichtlich in der Systemlogik der Moderne, auch nach Auschwitz, noch nicht tabu ist, weiter Massenvernichtung vorzubereiten - diesmal nicht entlang der Rassenideologie, sondern entlang des Ost-West-Konflikts. Da analogisiere ich nicht mit Auschwitz, aber ich sage: Auschwitz mahnt eigentlich daran, diese Logik zu denunzieren, wo sie auftritt, und sie politisch zu bekämpfen" (Spiegel 24/83, S. 26).

Auch Fischer ist jedoch nicht 'Autor' der Analogie zwischen Auschwitz und atomarer Massenvernichtung. Bereits im Februar 1983 bemüht G. Grass in einem Zeitungsartikel die Analogie (zum erstenmal?), wie Fischer nicht als Argument gegen die Friedensbewegung, sondern gegen die Befürworter der Nachrüstung.

Geißler wiederum konnte den nun einmal heraufbeschworenen politisch-kommunikativen Konfliktstoff mit nachgelieferten Interpretationen seiner provokativen Äußerung (vgl. Text I und II) nicht entschärfen. Er unternahm damit den - wohl vergeblichen - Versuch, die Begriffe zu 'entwirren' und räumte in diesem Zusammenhang sogar ein, daß er eine "ver-

kürzte Aussage" gemacht habe insofern, als er mit seiner These auf den Pazifismus im Ausland Bezug genommen habe, und daß für Auschwitz nicht der Pazifismus, sondern die Nazis, der Rechtsextremismus und der Judenhaß verantwortlich seien. Der Text, mit dem er seinen Pazifismus-Begriff zu entwirren versucht, lautet:

Text IV

"Es ist ganz eindeutig, daß damit (mit der Pazifismus der 30er Jahre) die pazifistischen Strömungen in den westlichen Ländern gemeint waren, doch nicht der Pazifismus in Deutschland eines Karl von Ossietzky, sondern die pazifistischen Strömungen, die zum Beispiel in England und in Frankreich dazu geführt haben, daß gegenüber dem nationalsozialistischen Unrechtsregime eine Appeasement-Politik getrieben wurde, die Adolf Hitler ermutigte, seine Verbrechen zu begehen" (MM 24.6.1983, S.2).

Der Konfliktstoff konnte jedoch verständlicherweise sprachlich nicht (mehr) entschärft werden: Dazu ist eine Lage zu brisant, in der über das politische Schicksal Westeuropas und besonders der BRD auf den Genfer Nachrüstungsverhandlungen durch andere, nämlich durch die USA und die Sowjetunion, entschieden werden soll und in deren Folge die Bundesregierung an einer Durchführung des Nachrüstungsbeschlusses, d.h. der Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden, durch den Widerstand und (aktiven) Protest einer locker organisierten, aus heterogenen politischen, konfessionellen etc. Gruppen und Kräften zusammengesetzten 'paneuropäischen' Friedensbewegung gehindert werden soll. Die Friedensbewegung stützt ihre Forderung nach Delegitimierung der Massenvernichtungsmittel mit dem Argument, daß eben diese Mittel, die zum Schutz der westlichen Länder eingesetzt werden sollen, im Ernstfall zerstören, was sie schützen sollen.

2.2 Aufdeckung der Geißlers Äußerungen zugrundeliegenden Argumentations- und sprachlichen Handlungsstruktur

Die Pazifismus-Aussage Geißlers sprachkritisch angehen heißt vor allem, den unter der Oberfläche einer grobgerasterten verkürzten Aussage ver-

steckten Komplex an sprachlichen, argumentativen Strategien, an angedeuteten und "insinuierten" politischen und historischen Aussagen und die Form der Versprachlichung der Insinuation aufdecken.

(1) Historische Dimension

Die erste Blickrichtung gilt dabei der kommunikativen Handlungsstruktur insgesamt: Zunächst einmal, so scheint es, macht Geißler eine deutende Aussage über historische Fakten: Der Pazifismus der 30er Jahre, so Geißler, habe Auschwitz erst ermöglicht. Diese erste, historisch-faktische Dimension der Aussage ist es, die Empörung, Entrüstung, den Ruf nach politischen Konsequenzen - Entlassung des Ministers Geißler - auslöst. Sie ist, wie noch auszuführen sein wird, reich an politisch-historischem Konfliktstoff. Und dieser Meinungs-Konfliktstoff wird transportiert durch und manifestiert sich als semantischer (semantisch-pragmatischer Konfliktstoff): Zumindest zwei solcher semantischer Konfliktstoffe lassen sich auf dieser ersten Ebene isolieren: der Gebrauch von **Pazifismus der 30er Jahre** (eine Art "wortsemantischer Konfliktstoff") (siehe dazu unten), der Gebrauch von **möglich machen**. Konfliktär und provokativ an dem Gebrauch von **der Pazifismus der 30er Jahre** ist, daß - auf dieser ersten Ebene - zumindest in einem offensichtlich weit verbreiteten Verständnis (vgl. Reaktionen im Parlament) genau diejenigen politischen Strömungen der 30-er Jahre unter die Bezeichnung fallen, deren prominenteste Vertreter selber Opfer des nazistischen Holocaust wurden.

Konfliktär und provokativ an dem Gebrauch von **möglich machen** ist, daß dieses handlungssemantische Passepartout-Wort auf dem Hintergrund der provokativen Interpretation von **Pazifismus der 30-er Jahre** genauso verstanden werden wird, wie es seiner schwachen und vagen lexikalischen Bedeutung nach nicht verstanden werden muß: Wer etwas möglich macht, leistet aktiv Vorschub und ist schließlich "selbst daran schuld" (Zitat Waltemathe, Spiegel 24|83).

Auf beiden wortsemantischen Konfliktstoffen basiert die Formulierung der "historischen Wahrheit": Ihr Wahrheitsgehalt ist solange nicht rational

einlösbar, als die Referenz von Pazifismus der 30-er Jahre (bewußt) konfliktär gehalten wird und die Semantik von möglich machen (bewußt) von den Extremen 'ohnmächtig gegenüberstehen' über 'nicht verhindern', 'Vorschub leisten' bis zu 'selbst (mit)verursachen? d.h. schuld sein' schillert.

(2) Aktual-politische Analogie

Die zweite Dimension der Aussage wurde in den ersten empörten Reaktionen auf die Äußerung Geißlers weniger deutlich. Sie ist in Geißlers Relativsatz "der sich ..." (vgl. Text II) angelegt. Ich möchte diese Dimension als die Dimension der aktual-politischen Analogie bezeichnen. Voll erschließbar wird sie erst, wenn man die Vorkontexte des Pazifismus-Zitats, den an verschiedenen Stellen und den Medien fortgeführten Diskurs zum Thema, mit in Betracht zieht. Die Geißler-Äußerung ist direkt bezogen auf die Aussage des grünen Abgeordneten Fischer aus einem Spiegel-Interview (Text III). Diese wiederum steht im Kontext einer Reihe im Laufe des Interviews vorher gemachter Äußerungen, in denen Bezüge zwischen der aktuellen Situation der Möglichkeit einer atomaren Massenvernichtung und der historischen Situation 'Judenauströtung', 'Auschwitz' hergestellt werden:

(a) Spiegel 24/83 Seite 25, Spalte 1 unten

SPIEGEL: Sie sprechen vom Recht auf Widerstand, Herr Fischer. Aber es ist Ihnen sicher auch nicht verborgen geblieben, daß ein solches Recht für ganz andere Zwecke in die Verfassung... geschrieben wurde: zum Schutz gegen die Abschaffung von Demokratie und Freiheit. Der Hintergrund heißt Ermächtigungsgesetz, Judenauströtung, nicht Stationierung von Raketen.

(b) Spiegel 24/83, Seite 25, Spalten 2 unten/3 oben

SCHILY: Ich bin mit Ihnen einer Meinung, daß man mit dem Begriff Widerstandsrecht sehr sorgsam umgehen muß. Aber mir fiel bei Ihren Fragen ein Vergleich auf: Wenn ein Auschwitz oder ein Ermächtigungsgesetz drohten,

meinen Sie, könnte ein solches Widerstandsrecht begründet sein, nicht bei der bevorstehenden Raketenstationierung. Gerät aber Europa an den Rand eines Atomkrieges, droht uns ein atomares Auschwitz. ...

(c) Spiegel 24/83, Seite 25, Spalte 3 unten

SPIEGEL: Ein atomares Auschwitz wäre das Ergebnis einer fehlgeschlagenen Politik nicht das Ziel. ...

In diesen Zitaten ist die Analogie teilweise präfiguriert, und zwar über den Vergleich von 'Judenvernichtung' und 'Massenvernichtung' mit 'atomarem Krieg'. Semantischer Träger dieser Analogie ist die Generalisierung von **Auschwitz** zu **ein atomares Auschwitz**: der Eigename für den Ort eine(r) bestimmte(n) historische(n) Menschenvernichtungshandlung wird zum metaphorischen Prädikator für ähnliche Formen der Menschenvernichtung allgemein. Die Umbiegung der semantischen Form eines Ausdrucks (Eigenname ----> Prädikat) ist eines jener wortsemantischen Verfahren, die sprachkritische Aufmerksamkeit verdienen und auf die der Hörer sprachreflexiv zu achten hat. Mit ihr wird eine bestimmte Interpretation politischer Realität vermittelt, Gleichheit von Verschiedenem sprachlich konstituiert. Der Rezipient ist gut beraten, wenn er getreu Maxime 1,2 die Tragfähigkeit solcher Gleichsetzungen - auch unter kommunikationsethischem Aspekt - für sich selbst überprüft.

Die kommunikationsethischen Probleme der Analogiebildung **Auschwitz - ein atomares Auschwitz** werden in der folgenden Passage des Spiegel-Interviews angesprochen:

(d) Spiegel 24/83, Seite 25, Spalte 3 oben

SPIEGEL: Was hat denn der planmäßige Massenmord mit einer zweifelhaften Rüstungspolitik zu tun, die, im besten Fall, überflüssig, im schlimmsten Fall, gefährlich ist?

Ein anderes wort- oder referenzsemantisches Teilstück der Analogie wird nachgeliefert durch den Vergleich zwischen 'Widerstand gegen Abschaffung

von Freiheit und Demokratie' - eine Art von Widerstand, wie sie z.B. im 3. Reich geleistet wurde - und den geplanten Widerstandsaktionen der Grünen und der Friedensbewegung gegen die Nachrüstung.

Beide wort- oder referenzsemantischen Analogien Pazifismus der 30-er Jahre - Friedensbewegung heute und Auschwitz - atomare Massenvernichtung gehen als Hintergrundwissen in die Interpretation des Geißler-Zitats ein. Sie unterlegen ihm eine zweite Interpretationsebene:

Ebenso wie der Pazifismus der 30-er Jahre Auschwitz möglich machte so macht auch die heutige Friedensbewegung atomare Massenvernichtung möglich.

Das sprachlich-strategisch Bedeutsame und daher nach Maxime 1,2 sprachkritische Aufmerksamkeit Erregende ist dabei, daß

- a) die aktuelle Handlungsanalogie nicht ausgedrückt wird, sondern nur indirekt erschließbar ist
- b) die indirekt erschließbare Behauptung über aktuelle Handlungszusammenhänge ebenso wie die historische Aussage total verknüpft und damit interpretationsoffen ist.

Nahegelegt wird die aktuelle Handlungsanalogie nicht nur durch die Vor-kontexte, sondern durch den Sprachhandlungstyp selbst, den Geißler vollzieht: Direkter Adressat der Pazifismus-Äußerung ist Fischer, der Abgeordnete der Grünen. Geißler deklariert seine Aussage als 'Antwort' auf Fischers Spiegel-Äußerungen. Im Stil politischer Polemik wird ein Argument des politischen Gegners aufgegriffen und gegen diesen selbst gewendet. Gegen die Friedensmarschierer wird mit deren eigenen Mitteln zurückgeschlagen, im Gewand einer Aussage über Historisches werden politische Gegner angegriffen. Die illokutionäre Aussage wird in den Dienst des perlokutionären Erfolges gestellt (Maxime 1,2).

(3) Die nachgeschobenen Interpretationen Geißlers (vgl. Text IV)

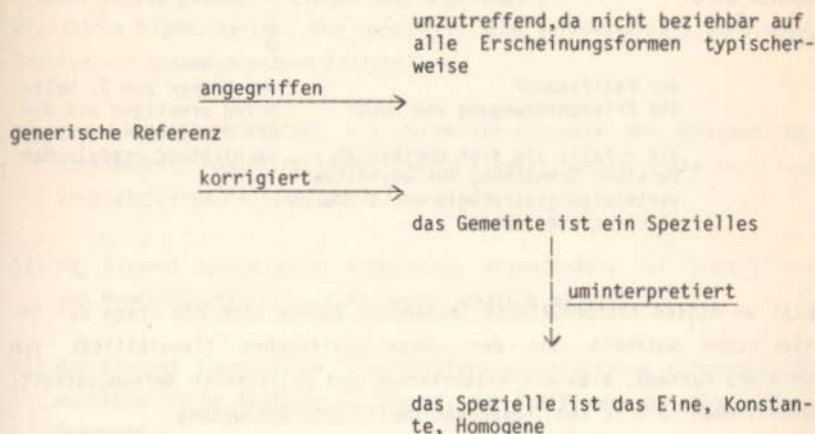
Beide Handlungs- und Interpretationsebenen, die historische und die aktual-politische, sind wiederum durch Geißlers nachgeschobene "rabulistische" Eigeninterpretationen betroffen, wenn auch Geißler nur die historische Dimension - vergeblich - zurechtzurücken versucht, indem er einerseits die falsche Generalisierung, die in **der Pazifismus der 30-er Jahre** steckt, aufzuheben und andererseits den durch **möglich machen** angedeuteten Kausalzusammenhang relativierend zu konkretisieren sucht. Auf historisch-wortgeschichtlicher Ebene sind diese Interpretamente - wie sich zeigen wird - ohnedies äußerst fragwürdig. (Kann man mit **Pazifismus der 30-er Jahre** tatsächlich die Beschwichtigungs- und Appeasementpolitik in England und Frankreich der 30-er Jahre meinen?)

Unabhängig von der Frage der begriffsgeschichtlichen Adäquatheit ist jedoch die Frage nach der referenzsemantischen Korrektheit der Selbstkorrektur (Geißlers) negativ zu beantworten: Selbst wenn die Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Hitler-Regime als eine der Erscheinungsformen des Pazifismus gefaßt werden kann, kann diese eine Erscheinungsform nicht das Gemeinte einer allgemeinen (generischen) Referenzhandlung mit Hilfe von **der Pazifismus der 30-er Jahre** sein: Mit solch generisch referierenden Ausdrücken bezieht man sich auf das allen Erscheinungsformen von X (hier **Pazifismus der 30-er Jahre**) Typische, Gemeinsame, Charakteristische.

Gerade auf das Allgemeine, Typische und Charakteristische zielt Geißler - gemäß seiner eigenen Korrektur - nicht ab, sondern auf das Spezielle, nämlich auf pazifistische Strömungen in den westlichen Ländern mit ganz speziellen für den Pazifismus untypischen politischen Konsequenzen. Möglich wird diese in der ersten Aussage vollzogene strategische Verallgemeinerung des Speziellen durch die Ausnutzung des semantischen Potentials von Ismen in Verbindung mit dem Gebrauch des bestimmten Artikels: Ismen bezeichnen jeweils abstrakte Lehren, politische Strömungen, Bewegungen. Wird ein solcher abstrakter Prädikator mit dem bestimmten Artikel gebraucht, so wird damit suggeriert, die entsprechende Phrase, z.B. **der Sozialismus, der Pazifismus**, bezeichne einen klar abgegrenzten, in

sich homogenen und konstanten politischen oder sozialen Sachverhalt, ähnlich wie mit **der (gegenwärtige) Bundeskanzler** eine bestimmte Person bezeichnet wird. Daß solche Phrasen nur generisch referierend verstanden werden können, weil es die klar umgrenzte 'Sache Sozialismus' etc. nicht gibt, sondern eine vielfältige und differenzierte Menge von jeweils einschlägigen sozialen und politischen Sachverhalten, wird durch die Suggestivkraft des bestimmten Artikels leicht verdrängt.

Die von Geißler gebrauchte referentielle Phrase **der Pazifismus der 30-er Jahre**, die korrekterweise nur generisch referierend verstanden werden kann, wird durch die Korrektur im Sinne einer speziellen - möglicherweise wortgeschichtlich inadäquaten - singulären Referenz auf eine bestimmte Erscheinungsform des Pazifismus der 30-er Jahre uminterpretiert. Dieses pragmatisch fragwürdige Verfahren stützt sich auf die Ummünzbarkeit von Ismen-Prädikatorenn zu etikettierenden und pauschalierenden Eigennamen für soziale und politische Sachverhalte, die dann ungeachtet ihrer Vielgestaltigkeit und Differenziertheit sprachlich als homogene und konstante 'Individuen' dargestellt werden. Im taktisch-politischen Sprachgebrauch wird dann genau jene Erscheinungsform eines -ismus zu der einen und einzigen erklärt, gegen oder für die politisch agitiert werden soll. Schematisch läßt sich die Abfolge der referenzsemantischen Handlungs- und Interpretationsmuster so fassen:



Diese Suggestion einer homogenen singulären Erscheinung 'Pazifismus der 30-er Jahre' wird auf der Ebene der aktuellen Analogie noch potenziert: Nun ist selbst die zeitliche Fixierung und Relativierung aufgehoben, der **Pazifismus** wird zur ahistorischen (falschen) Hypostasierung sowohl von historischer Appeasementpolitik als auch von aktueller Friedensbewegung. Das sprachliche Potential des Ismus, als eine Art Eigenname für abstrakte Sachverhalte dienen zu können, wird erst hier voll ausgeschlachtet: Pazifismus ist und bleibt Pazifismus.

Auch auf der Ebene der Interpretation des Handlungs-Dummys 'möglich machen' schiebt Geißler Interpretamente nach. Bringen wir diese Interpretamente in die aktuelle Handlungsanalogie ein, so wird folgende Argumentationsstruktur erkennbar:

So wie der Pazifismus der 30-er Jahre/
die Appeasement-Politik der westlichen
Demokratien

(kausales Stützungsargument)

die zu einer entscheidenden
Schwächung der Verteidigungs-
fähigkeit der westlichen
Demokratien geführt hat

Hitler zum 2. Weltkrieg
ermutigt und die Verbre-
chen und der Nazis er-
möglicht hat

ebenso wird

(analog erschließbar)

(analog erschließbar)

der Pazifismus/
die Friedensbewegung von heute

den Gegner zum 3. Welt-
krieg ermutigen und da-
mit die atomare Massen-
vernichtung ermöglichen

die - falls sie sich durchsetzt -
zu einer Schwächung der westlichen
Verteidigungsstrategie der atomaren
Abschreckung führt

Erst an dieses ausformulierte Thesenpaar könnte sich die Frage der historischen Wahrheit und der aktual-politischen Plausibilität von Geißlers Aussage, also ein historischer und politischer Meinungsstreit, anschließen. Die in dem Thesenpaar implizierte Behauptung

(1) der heutige politische (militärische) Gegner ist gleichzusetzen mit Hitler/dem Naziregime, indem beide das Verbrechen der Massenvernichtung vorbereiteten, begingen bzw. jetzt vorbereiten usw.

ist jedoch so brisant, daß nur die sprachliche Aussparung und radikale Verkürzung sie überhaupt politisch möglich machen. Andererseits setzt jedoch die zweite aus dem Thesenpaar erschließbare Teilbehauptung -

(2) nur die Verteidigungsbereitschaft des Westens, d.h. die Verteidigungsstrategie der atomaren Abschreckung kann einen atomaren Holocaust verhindern -

die Gültigkeit des aktual-politischen Anteils von (1) voraus. Auch mit dieser Teil-Behauptung ist eine rationale Auseinandersetzung wegen der sprachlichen Verkürzung und der argumentativen Verschleierung durch (falsche) Analogiebildung nicht möglich.

Blicken wir auf die Analyse zurück und stellen die Frage: Welche sprachlichen und kommunikativen Mittel sind Träger des historischen und politischen Konfliktstoffes? Welche wort-, referenzsemantischen bzw. pragmatisch-semantischen bzw. argumentationssemantischen Eigenschaften der Aussage machen sie geeignet als Träger eben dieser Konfliktstoffe?

Als solche Eigenschaften, die sprachkritische Aufmerksamkeit verdienen, konnten wir zusammenfassend feststellen

- a) das Element indirekter, nur durch Vor-Kontexte und Adressat erschließbarer Analogiebildung. Dieses Element beruht - wie in vielen vergleichbaren Fällen - auf b1) und b2).
- b1) das Element sprachlicher Verkürzung, insbesondere bei Zuschreibung von Handlungsprädikaten (Stichwort: **möglich machen**)
- b2) das Element sprachlicher Generalisierung, inkorrekte referenz- und wortsemantische Handlung (Stichwort: **der Pazifismus der 30-er Jahre, Auschwitz**).

Bei dem Verfahren sprachlicher Generalisierung können wir verschiedene Teilstrategien festhalten:

b2.1) der unzutreffende Gebrauch generisch referierender Phrasen aufgrund des Einflusses des definit singulären Gebrauchs (**der Pazifismus der 30-er Jahre**)

b2.2) der Gebrauch von Appellativen als Eigennamen (**der Pazifismus überhaupt**)

b2.3) der Wechsel der semantischen Form, vom Eigennamen zum Appellativ (**Auschwitz - ein Auschwitz**).

Auf argumentative Mittel taktischen Sprachgebrauchs, wie sie z.B. in a) an- gesprochen werden, ist Maxime I,2 abgestellt: Sei kritisch gegenüber scheinbaren Argumenten und Argumentationsstrukturen. Sei kritisch gegenüber dem perlokutionären Charakter von Sprechhandlungen!

Auf die zur Erzeugung von (Schein-)Argumenten eingesetzten lexikalischen und referenzsemantischen Mittel, wie sie in den Punkten zu b) angesprochen werden, ist Maxime II,3 abgestellt: Sei kritisch gegenüber dem Geltungsanspruch seines Sprachgebrauchs/Wortgebrauchs!

2.3 Pragmatische Analyse wortsemantischer Probleme

Bisher wurde versucht, die argumentativen und sprachlichen Muster, die den umstrittenen Äußerungen bzw. Äußerungsteilen zugrundeliegen, aufzudecken, denn es sind zugleich die Muster, nach denen verzerrende, verkürzte oder grobgerasterte Analogien, Generalisierungen und Identifizierungen vorgenommen und publik gemacht werden können. Diese Muster oder Teilmuster basieren zum Teil auf bestimmten lexikalischen/wortsemantischen Phänomenen, mit denen bestimmte Teilhandlungen vollzogen werden und die es unter Einbezug der jeweiligen Kontexte zu analysieren gilt.

(1) Begriffsgeschichtliche Rekonstruktion des Pazifismusbegriffs

Ich gehe aus von der Verwendung des Ausdrucks **Pazifismus** (bzw. der NPs mit **Pazifismus**) im Geißlerschen Kontext und versuche anhand eines kurz skizzierten begriffsgeschichtlichen Exkurses zur Verwendungsgeschichte des Ausdrucks objektive Maßstäbe für die Beurteilung folgender Frage zu gewinnen: Worauf wird mit welcher Berechtigung in Geißlers Äußerungen mit **Pazifismus** einerseits in der Phrase "der Pazifismus der 30er Jahre" und andererseits in der Phrase "pazifistische Strömungen in den westlichen Ländern" bzw. "Appeasement-Politik der westlichen Demokratien gegenüber dem nationalsozialistischen Unrechtsregime" Bezug genommen und welchen Gegenständen (Bewegungen, Strömungen oder Personengruppen) können diese Prädikate mit Wahrheit zugeschrieben werden.

Der begriffsgeschichtliche Aufriß verfolgt daher den Zweck, diejenigen mit **Pazifismus** verbundenen Prädikationsregeln herauszustellen, die es erlauben, das Phänomen Pazifismus möglicherweise generell und jeweils speziell, d.h. in den verschiedenen Phasen einer Entwicklung, zu charakterisieren. Ich beschränke mich auf die in unserem Zusammenhang wichtigen Phasen des Pazifismus zur Zeit des Nationalsozialismus/Faschismus und der unmittelbaren Gegenwart und zwar im Zusammenhang mit der jeweiligen Geltung/Bewertung des Pazifismusbegriffs z.B. als Fahnen- oder Stigmawort etc.

Seit dem Zeitpunkt seines Aufkommens zu Anfang des Jahrhunderts ist der Pazifismusbegriff aufgrund der unterschiedlichen Einschätzungen der Gegenstände, auf die er in Referenzhandlungen jeweils angewendet wurde, gleichermaßen der Zustimmung oder Ablehnung der verschiedenen gesellschaftlichen, politischen, sozialen Gruppen und Lager ausgesetzt und je nach Klassen- und Interessenlage der Sprecher verschieden und gegenläufig bis zum heutigen Tage verwendet worden. Der mit **Pazifismus** gemeinte Sachverhalt steht historisch in engem Zusammenhang mit den bürgerlichen-liberalen Emanzipationsbestrebungen seit dem Ende des 18. Jhs. und ist bis heute identifizierbar mit einer Reihe/Abfolge jeweils unterschiedlich motivierter Nie-wieder-Krieg-Kundgebungen oder Friedensbewegungen. "Der Begriff 'Friedensbewegung' - für die Gesamtheit der or-

ganisierten Friedensbestrebungen - wurde durch den neuen, als synonym empfundenen Begriff 'Pazifismus' (jedoch) nicht völlig verdrängt". In der Folgezeit hat sich das Verhältnis der Bedeutungsgleichheit beider Begriffe etwas verschoben und ist einem Verständnis gewichen, das "die Stellung zur Gewalt als Unterscheidungskriterium heranzieht und nach welchem das Prinzip absoluter Gewaltlosigkeit mit der Verurteilung jedweden Krieges, auch des Verteidigungskrieges als 'Pazifismus' zu bezeichnen sei, während die 'Friedensbewegung' alle Tendenzen zusammenfasse, die auf die Vermeidung der Kriegsgefahr durch Entspannung und "völkerrechtliche Sicherung" gerichtet sind" (Gesch. Grundbegriffe IV, 770f).

Der Pazifismusbegriff wurde, wie viele andere politische Begriffe auch, je nach der Hintergrundperspektive der beteiligten Aktanten bzw. Kommunikanten, unterschiedlich, z.B. theologisch, geschichtsphilosophisch, politisch etc. ideologisiert.

Begriffsgeschichtlich erfaßbare Vorgänge bezeugen immer wieder, daß politische Begriffe, die der Lebensorientierung historisch je verschiedener (übereinzustaatlicher) Gesellschaftsgruppen dienen und in die oft widerstreitenden Interessen von Staat und Gesellschaft, Kontroversen stiftend, einzugreifen vermögen, aufgrund ihrer Geschichtsmächtigkeit, ihrer Historisier- und Ideologisierbarkeit sich in politische oder Lebenskonzepte oder Modellformeln verwandeln, deren Verbindlichkeit partei- oder gruppengebunden bleibt. Daher sind Kommunikationskonflikte - die durch den unterschiedlichen Gebrauch und die (unterschiedliche) Interpretation solcher Begriffe entstehen - einerseits bedingt durch die semantische Instabilität der Begriffe, die wiederum eine unmittelbare Folge ihrer geschichtlichen Wandelbarkeit ist, andererseits haben solche Konflikte ihre Wurzeln im je unterschiedlich ausgeprägten historischen bzw. sprachhistorischen Bewußtsein der Kommunikationspartner und in der dadurch verursachten unterschiedlichen Einschätzung/Bewertung der Begriffe und ihrer Referenzobjekte.

Trotz seiner historisch-semantischen Instabilität läßt der Pazifismusbegriff sich als Gegenbegriff zu **Militarismus** aufgrund einiger essentieller

ler, auch durch den historischen Wandel nicht unterdrückter Prädikate generell charakterisieren als die "Gesamtheit individueller und kollektiver Bestrebungen ... die eine Politik friedlicher, gewaltfreier zwischenstaatlicher Konfliktaustragung propagieren und den Endzustand einer friedlich organisierten, auf Recht gegründeten Staaten- und Völkergemeinschaft zum Ziel haben" (Gesch.Grundbegr. IV, 768).

In der Zeit des Nationalsozialismus artikulierten sich die von der politischen Rechten kommenden, bis zur militanten Ablehnung reichenden Vorbehalte gegen den Pazifismus in polemischen Gleichsetzungen von **Pazifismus** mit 'Vaterlandslosigkeit', 'Landesverrat', 'Gefährdung der Nation' (Gesch.Grundbegr. 783) oder 'Wehrkraftzersetzung' (ebd. 784). Hier mündete die aus konservativen und aus rechtsradikalen Ideologie-Elementen zusammengesetzte Pazifismuskritik in "eine totale Verneinung des Pazifismus" (ebd. 785); das "Antipazifismus-Syndrom des deutschen Faschismus" ordnete sich "in einen durch die Ablehnung von Demokratie und Zivilisation westeuropäischer Prägung, durch Antirationalismus, Sozialdarwinismus und Judenhaß bezeichneten Zusammenhang ein" (ebd. 785f.) und es gehörte zur "Bewertung der deutschen Friedensbewegung, daß sie seit ... 1933 radikal unterdrückt oder ins Exil vertrieben wurde" (ebd. 785f.).

Aufgrund der oben erwähnten, dem Pazifismus zugeschriebenen Prädikate 'Landesverrat', 'Wehrkraftzersetzung' etc. wurde der Pazifismus in der Phase des tendenziell militanten und strikt antipazifistischen Nationalsozialismus, teilweise schon vorbereitet durch die Weimarer Republik, abgelehnt/negativ bewertet und seine Träger - die Pazifisten - liquidiert (unter anderem auch in Auschwitz); nicht jene Pazifisten also liquidierten den Pazifismus und ermöglichten Auschwitz, sondern der Pazifismus wurde von den Nazis in Auschwitz liquidiert. Unter dem Ausdruck **der Pazifismus der 30er Jahre** sind also historisch genau diejenigen Personengruppen, Organisationen, Bewegungen zu verstehen, von denen der (passive) Widerstand gegen Hitler ausging und der Kampf gegen die NS-Diktatur - ohne große Unterstützung von seiten des westlichen Auslands - aktiv geführt wurde. Unter **Pazifismus der 30er Jahre** kann aber n i c h t (wie Geißler zunächst insinuierte) diejenige Ausgleichs- und Kompromißpolitik (Vertragspolitik) der westlichen Demokra-

tien verstanden werden, der Chamberlain im Jahre 1935 offiziell den Namen 'policy of appeasement' beilegte und die schon 1939, ausgelöst durch Hitlers Annektion und Aggressionspolitik, wieder verabschiedet worden war.

Von der oben erwähnten Vertreibung des Pazifismus ins nichtdeutsche Ausland scheint sich die Einschätzung des Begriffs, der Idee und des Sachverhalts 'Pazifismus' bis heute nicht ganz erholt zu haben: Zwar hat der Pazifismus unmittelbar nach 1945 "seine Rehabilitation" erfahren und kann insgesamt "positive Assoziationen auslösen", denn das öffentliche Urteil über ihn war und ist u.a. geprägt vom "Schrecken der modernen Massenvernichtungswaffen", besonders der Nuklearwaffen; jedoch treten bis heute, gegenläufig zu einer (weltweiten) pazifistischen Grundstimmung, im Zeichen des 'Kalten Krieges' und der ideologischen Ost-West-Konfrontation Positionen in Erscheinung, die den "Absolutheitsanspruch pazifistischer Forderungen erneut zu relativieren scheinen" (Gesch.Gr. 786). Trotz oder gerade wegen dieser Gegenläufigkeit kann "konkreter Pazifismus... heute eindeutiger als früher identifiziert werden" (ebd.); die Träger dieser Identifizierbarkeit sind außer das im Grundgesetz verankerte Bekenntnis zur Kriegsdienstverweigerung, die Gründung der "Deutschen Friedensgesellschaft", vor allem die neue Forschungsdisziplin der Friedens- und Konfliktforschung und nicht zuletzt (bzw. zu allererst) die (Mitglieder der) deutsche(n)/europäische(n) Friedensbewegung.

Die hier nur kurz angedeutete Rekonstruktion des Pazifismusbegriffs macht deutlich, daß die in der ersten Aussage Geißlers (vgl. Text I) und in ihrer nachgelieferten Interpretation (vgl. Text IV) enthaltenen, mitgeführten Behauptungen, abgesehen von den in Kap. 2.2 aufgezeigten inadäquaten Referenzhandlungen mit dem Ausdruck **Pazifismus** (nämlich die Unterminierung der generischen durch die singular definitive Referenzform), ideologieverdächtig und deshalb nicht aufrecht zu erhalten sind:

- (i) Geißlers ursprüngliche Aussage ist historisch falsch insofern, als nicht der Pazifismus oder die Widerstandsformen gegen die NS-Diktatur, sondern das Nazi-Regime Auschwitz möglich gemacht und die Pazifisten von dieser Massenvernichtung/Vernichtungspolitik selbst unmittelbar betroffen waren.

(ii) Geißlers nachgeliefertes Interpretament ist wiederum falsch insofern, als es - bezogen auf die historische Situation - begriffsgeschichtlich inadäquat ist, die Appeasement-Politik der westlichen Demokratien unter den Begriff **Pazifismus** zu fassen bzw. weil die Berechtigung der Anwendung des bezeichnenden Ausdrucks **der Pazifismus** ... auf diese Politik nicht nachweisbar ist.

Aus (i) und (ii) folgt, daß es sich bei der von Geißler in Text I, besonders in dem Relativsatz "der sich in seiner gesinnungsethischen Begründung ...", konstruierten Analogie mit der Friedensbewegung von heute um eine defektive, weil sowohl historisch und begriffsgeschichtlich als auch referentiell falsche und ideologisierende Analogie handelt. In der Äußerung, der Pazifismus habe Auschwitz möglich gemacht, in der Auschwitz nicht nur für 'Judenausrottung', sondern viel allgemeiner für 'Massenvernichtung' steht, werden dem Pazifismus bestimmte Eigenschaften zugeschrieben bzw. den Pazifisten bestimmte Handlungen unterstellt, die nicht zutreffend sind. In diesen Verwendungen von **Pazifismus**, **Auschwitz**, **Friedensbewegung** und in ihrer kombinatorisch-kausalen Verknüpfung werden die Muster sichtbar, nach denen im öffentlich-politischen Bereich sprachlich Polemik und Diffamierung konstruiert werden können: "Wer sich ... politische Kultur wünscht, muß beunruhigt sein, wie ... Diffamierungen zunehmend um sich greifen" (Spiegel 38/83, S. 43).

(2) Semantische Eigenschaften des Ausdrucks **Pazifismus**

An einem Prädikator wie **Pazifismus** läßt sich, wie ich zu zeigen versuchte, das Phänomen semantischer Instabilität politischer Begriffe in seinen verschiedenen, aber voneinander nicht unabhängigen Dimensionen beobachten: Durch ihre Geschichtlichkeit, d.h. ihre Bezüglichkeit auf jeweils sich wandelnde konkrete Bedingungen und Verhältnisse bestimmter historischer Situationen, verändert sich mit den jeweils wechselnden Möglichkeiten zur Interpretation bzw. sprachlichen Konstitution von Wirklichkeit auch die Bedeutung der Begriffe, d.h. zumindest ein Teil ihrer Gebrauchsregeln. Historisch-semantische Instabilität ist in einer Zeit jeweils noch kombiniert mit dem unterschiedlichen Gebrauch und Verständnis von Seiten jeweils unterschiedlicher und 'meinungsverschiede-

ner' gesellschaftlicher Gruppen, also mit gruppen- und normenbezogener semantischer Instabilität. Zu den verschiedenen Erscheinungsformen semantischer Instabilität und dem mit ihnen verbundenen Konfliktpotential vergleiche ausführlicher den Beitrag von Strauß in diesem Band.

2.4 Sprachkritisches Interesse und staatsbürgerliches Engagement

Es ging mir, wie hoffentlich deutlich wurde, nicht um die Artikulation einer bestimmten politischen Meinung, auch nicht um das Eintreten für eine bestimmte parteipolitische Position, sondern um die sprachwissenschaftliche Analyse eines im Zusammenhang mit dem Pazifismus-Begriff aufgetretenen politischen und sprachlichen Konfliktstoffes.

Im Zentrum der Analyse stand deshalb die Frage, nach welchen sprachlichen Regeln und mit welchen sprachlichen Elementen (lexikalischen Einheiten) der kommunikative Konfliktstoff - der insinuierte Zusammenhang von Pazifismus bzw. Friedensbewegung einerseits und Auschwitz bzw. atomarer Massenvernichtung andererseits - so konstruiert werden konnte, wie er sich in der Äußerung verfestigt hat. Allgemeiner ging es um die Feststellung der sprachlichen Mittel, die die sprachliche Konstitution von (politischen) Gegenständen ermöglichen - wobei unter 'Gegenständen' auch abstrakte Entitäten wie z.B. Kausalzusammenhänge, sprachlich konstruierte, vermittelte und insinuierte sog. 'Tatsachen' oder Mutmaßungen verstanden werden. Im vorliegenden Fall waren das einerseits die umstrittene Analogisierung historischer Ereignisse mit gegenwärtigen und postulierten zukünftigen Ereignissen (in ihrer Potentialität, Unvorhersagbarkeit), andererseits die (falsche) konfliktäre Identifizierung pazifistischer Strömungen der 30er Jahre mit der gegenwärtigen Friedensbewegung. In diesem Zusammenhang ging es auch um die an der historischen Faktizität zu messende Falsifizierung bzw. Verifizierung von solchen sprachlich-politischen Generalisierungen, wie sie in Kap. 2.2 behandelt wurden.

Die Aufdeckung der Argumentationsstruktur der Äußerungen des Ministers Geißler konnte zeigen, daß die durch bestimmte sprachliche Handlungen Geißlers produzierten konfliktären Gegenstände von bestimmten Absichten

oder Strategien des Produzenten nicht abzulösen sind; dabei soll dahingestellt sein, ob diese Absichten als böse oder unfair zu bewerten sind; jedenfalls handelt es sich um politische Absichten, gerichtet gegen den politischen Gegner, und als solche um legitime, durch die freiheitliche Grundordnung der BRD verfassungsmäßig garantierte und in bestimmten Sprachhandlungen zum Ausdruck kommende Strategien.

Nicht ohne Widerspruch sollten solche Sprachhandlungen allerdings hingenommen werden bzw. sollten sich einem sprachkritischen Interesse und Engagement nicht entziehen - besonders Sprachhandlungen mit der wirksamen und normativen Kraft des von einem Minister und zugleich dem Generalsekretär der Regierungspartei vertretenen Sprachgebrauchs -, wenn dieser Sprachgebrauch die Tendenz zeigt, sich für bestimmte gesellschaftliche Gruppierungen (aufgrund von deren potentiellen Handlungen) als diskriminierend oder nachteilig zu erweisen und wenn unbestreitbare Fakten der politischen Vergangenheit in eine verzerrende oder verkürzte Analogie mit gegenwärtigen Entwicklungen oder Tendenzen hineingezwungen werden.

Solche Ideologisierungen bzw. ideologisierenden Eingriffe in Geschichte und Gegenwart, solche ideologisierenden Zugriffe/Attacken auf/gegen historische Personen(gruppen) und Zeitgenossen sind besonders diskussionswürdig und kritikwürdig dann, wenn der betreffende Sprachgebrauch und die durch ihn ausgelöste Kontroverse nicht nur mit divergierenden Meinungen und Interessen bei verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen zu tun haben, sondern bestimmten gesellschaftlichen Gruppen durch solche Attacken (vor allem in rechtlicher Hinsicht) Schaden zu erwachsen droht. Schaden erwächst z.B. dadurch, daß man ihnen allein aufgrund ihrer abweichenden politischen Auffassung - derzufolge die Entscheidung der Nachrüstungsfrage für einen Großteil der Bevölkerung nicht lediglich eine rechtlich-politische Frage ist, sondern den Rang einer Bekenntnisfrage hat - in einer nicht weiter verifizierbaren Weise verfassungswidriges Denken, friedens- und staatsgefährdende und damit verfassungsfeindliche Handlungen, die die politische Zukunft der BRD gefährdeten, unterstellt. Ein weiterer Schritt ist es, sie gar durch Identifizierung mit "linksextremistischen und sicherheitsgefährdenden Bestrebungen in-

nerhalb der Kampagne gegen die Nato-Nachrüstung" (Analyse des Bundesministeriums in: Spiegel 38, S.52) zu kriminalisieren und dadurch als demokratischen Diskussionspartner aus der öffentlichen Auseinandersetzung auszuschließen.

An dieser Stelle, wo Kommunikationskritik in politische Kritik mündet, läßt sich für mich auch die Beziehung zwischen Sprachkultur und politischer Kultur klarer herstellen. Dabei reicht es mir nicht aus, 'politische Kultur' als deskriptiven Terminus der Politikwissenschaft zu verstehen; Reichel versteht z.B. unter politischer Kultur das "subjektive Ambiente des politischen bzw. Herrschaftssystems" (14) und definiert den Begriff so: "Unter politischer Kultur in diesem Rahmen wären dann die für eine Gesellschaft insgesamt oder gesellschaftliche Großgruppen in einer bestimmten Zeit charakteristischen Anschauungs- und Verhaltensmuster zu verstehen, die einerseits mit den in eine oder mehrere Großgruppe(n) eingebundenen individuellen Lebensgeschichten und Sozialisationsprozessen und andererseits mit der nationalen Ereignisgeschichte und ihren Strukturbedingungen eng verknüpft sind" (Reichel S. 18). Hinzukommen muß, wie Reichel selbst auch andeutet, der für einen Begriff praktisch- gesellschaftlicher Orientierung notwendige Wertbezug: 'Charakteristische gesellschaftliche Anschauungsmuster' sind bewertbar, aufgrund von Werten, Normen und Maximen kritisierbar und kultivierbar: Erst wenn politische Kultur ebenso wie Sprachkultur nicht als wertneutrale Zustandsbeschreibung aufgefaßt wird, sondern als jeweils auszuhandelndes und kritisierbares Leitmodell politischen bzw. kommunikativen Handelns, erhalten diese Begriffe ihre praktische Bedeutsamkeit und ihre kritische und aufklärerische Stoßrichtung.

3. VON DER TEXTKRITIK/KOMMUNIKATIONSKRITIK ZUR SPRACHKULTIVIERUNG

Anlässe zur Rede- oder Textkritik werden uns im politischen Diskurs immer wieder gegeben. Die politische Kommunikationskritik muß sich auf jeden Text wieder neu einlassen und seine faktischen und politischen Hintergründe, seine sprachlichen und kommunikativen Vor- und Kontexte mit- einbeziehen, um seine politischen und kommunikativen Ziele zu analy-

sieren und zu kritisieren. An solchen Einzelkritiken beteiligen sich auch die Linguisten/Sprachwissenschaftler. Sie haben aber m.E. noch eine andere Aufgabe. Sie sollten für beliebige Kommunikations- und Kritikanlässe im politischen und öffentlichen Diskurs Rüstzeug liefern, indem sie die sprachlichen Handlungsmuster herausarbeiten, nach denen erfolgsorientiert oder gar manipulativ geredet wird. Oder indem sie umgekehrt darauf aufmerksam machen, an welchen typischen oder vielleicht sogar systematischen Stellen im Text- oder Argumentationszusammenhang die Hörer den Hebel sprachkritischer Maximen der Rezeption jeweils ansetzen können. Sie könnten z.B., was sicher nicht ganz einfach sein wird, auf text- und satzsemantischer bzw. -pragmatischer Ebene herausarbeiten, welche sprachlichen Möglichkeiten und Formen der Schein-Argumentation, der falschen oder suggestiven Verallgemeinerung und Analogiebildung, der referentiellen Umbiegung und Pseudoreferenz, des Einsatzes illokutionärer Mittel allein zur Erzielung perlokutionärer Effekte (Habermas I, 393ff) in politischer Rede typischerweise vorkommen und jeweils sprachpolitisches Augenmerk verdienen. Sprachwissenschaftler können aber auch, was ich mir etwas einfacher vorstelle, auf lexikalischer Ebene herausarbeiten, wo euphemistischer Sprachgebrauch angelegt ist, welche Felder politischer Metaphorik welchen - manipulativen - Stellenwert haben, welche Wortschatzbereiche aufgrund ihrer semantischen Instabilität bzw. Umstrittenheit zur persuasiven Definition und zu taktisch-manipulativem Gebrauch geradezu herausfordern. Neben denen, die an einer "kommunikativen Grammatik" oder einem "Kommunikationshandbuch" arbeiten, sind somit vor allem die Lexikographen aufgefordert, bei ihrer Wörterbucharbeit die Aufgabe der Sprachkultivierung auf lexikalischer Ebene im Auge zu behalten (vgl. den Beitrag von G.Strauß in diesem Band).

Literatur

Brunner O./Conze W./Koselleck R., 1978, Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Stuttgart. Band 4.

Grice P., 1975, Logic and Conversation. In: Syntax and Semantics. Volume 3. Speech Acts. Hrsg. v. P. Cole/J. L. Morgan. New York. San Francisco. London.

Habermas J., 1981, Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt/M.

Heringer H.-J., Sprachkritik - die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. In: Heringer H.-J. (Hrsg.), 1982, Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik, 3-34

Langenbucher W.R./Rytlewski R./Weyergraf B., 1983, Kulturpolitisches Wörterbuch. Bundesrepublik Deutschland/DDR im Vergleich. Stuttgart.

Reichel P., 1982, Politische Kultur. Zur Geschichte eines Problems und zur Popularisierung eines Begriffs. In: aus politik und zeitgeschichte B 42/82. Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, 13-26.

Wewer G., 1982, Den Wahlkampf befrieden? Fairneßabkommen und politische Kultur. In: aus politik und zeitgeschichte B 14-15/82. Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, 29-46.